

## Alles eine Frage der Baukultur

Fortsetzung von Seite 1

Ausschlaggebend war für die Richter der hohe Stellenwert von Bürgerentscheiden in einer Demokratie, dessen Ausführung nicht mehr länger aufgeschoben werden durfte. Zumal das Gericht die Beteiligten zuvor aufgefordert hatte, gemeinsam nach einem Kompromiss zu suchen, der aber nicht zu Stande kam.

Auch in Köln ging es vor über einem Jahr darum, ob sich der Kölner Dom, mit 157 Metern Höhe die dritthöchste Kirche der Welt, mit dem Titel Weltkulturerbe schmücken darf, der dem Kirchenbauwerk vor über zehn Jahren verliehen worden war. Die Unesco hatte die Kathedrale im gotischen Baustil im Juli 2004 auf ihre Rote Liste des gefährdeten Welterbes gesetzt, weil geplante Hochhäuser der Stadt Köln im rechtsrheinischen Stadtteil Deutz das Erscheinungsbild des Doms beeinträchtigt und insbesondere die Sichtachse zur Kathedrale unterbrochen hätten. Um ein Haar wäre der Kölner Dom das erste Denkmal seit Inkrafttreten der Welterbe-Konvention 1972, dem der Titel aberkannt worden wäre. Doch der Kölner Stadtrat hatte ein Einsehen, zog die Not-

Bundes- und Landesverfassungsgericht einreichen will.

Offen ist, welche Auswirkung der Fall Dresden für den Unesco-Vertragspartner Deutschland und seine anderen 31 Welterbe-Stätten haben wird. Laut der Deutschen Unesco-Kommission könnte Deutschland künftig keine Garantie mehr für die Einhaltung der Verpflichtungen geben, die in der Unesco-Welterbekonvention niedergelegt sind, sollte sich diese Rechtsauffassung durchsetzen. Dies könnte bedeuten, dass keiner der auf der offiziellen deutschen Antragsliste verzeichneten Anwärter auf den Welterbestatus in den nächsten Jahren eine Chance zur Aufnahme in die Unesco-Liste hat. Mit Spannung wird daher die nächste Sitzung der Welterbe-Kommission erwartet, wo sie über den Fall Dresden eine Lösung finden muss. Dabei muss klar sein, dass sie das Elbtal nicht einfach so von der Welterbeliste tilgen kann, denn bislang hatte niemand Sanktionen zu befürchten, wer auf der Roten Liste stand. Es sollte lediglich als Hinweis dienen, dass sich ein Welterbe in einer kritischen Situation befindet.

den Windpark errichten wollte, seine Beschwerde gegen den vom Verwaltungsgericht Meiningen verhängten Baustopp aus Naturschutzgründen erst einmal zurück. Doch ganz ausgestanden ist der Streit um die Windräder nicht, auch wenn der vom

### Deutschland und sein Welterbe

Auf der Welterbeliste der UNESCO sind 32 Stätten in Deutschland verzeichnet, die unter dem Schutz der Internationalen Konvention für das Kultur- und Naturerbe der Menschheit stehen. Mit der 1972 von der UNESCO verabschiedeten Konvention sollen Kultur- und Naturstätten, die einen „außergewöhnlichen universellen Wert“ besitzen, bewahrt werden. Um in die Liste des Welterbes aufgenommen zu werden, müssen Denkmäler die in der Konvention festgelegten Kriterien, wie „Einzigartigkeit“ und „Authentizität“ (bei Kulturstätten) oder „Integrität“ (bei Naturstätten) erfüllen.



David gegen Goliath.

Zeichnung: Götz Wiedenroth

bremse und kippte seine Baupläne. Weil der Charakter des Domes bewahrt wurde, indem die Stadt Köln den Forderungen des Komitees weitgehend entsprochen hat, sicherte sie sich wieder den früheren Status Weltkulturerbes. Die Unesco würdigte die Entscheidung, dass die Stadt Köln ihre Entwicklungspläne für Deutz geändert habe. Die Höhe der im Bau befindlichen Wolkenkratzer sei begrenzt worden. Und es würden keine weiteren Hochhäuser gebaut, die die Sicht auf den Dom verstellen könnten.

### Dresden droht Prädenzfall zu werden

Doch anders als in Köln hat es Dresden noch nicht geschafft, wieder vom Platz auf der Roten Liste gestrichen zu werden. Stattdessen droht die Stadt ein Prädenzfall zu werden, wenn ihr der Titel Welterbe tatsächlich aberkannt wird. Ihren Unmut über das Gerichtsurteil haben jüngst auch rund 20 000 Menschen in Dresden kundgetan, als sie gegen die umstrittene Elbbrücke und für den Erhalt des Elbtals als Unesco-Weltkulturerbe protestierten. Auf den Plakaten brachten sie ihren Protest zum Ausdruck mit den Worten: „Wehret der Kulturzerstörung wie durch die Taliban“, oder „Die Waldschlösschenbrücke macht Dresden zur Krücke“. Inzwischen mehren sich die Stimmen, die an die Verantwortlichen appellieren, sich in dem Streit für einen Kompromiss einzusetzen. Im Streit um den Bau der Waldschlösschenbrücke meldete sich auch Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse zu Wort, der durch den Bau den Ruf der Stadt Dresden beschädigt sieht. Dieser Auffassung schloss sich das Dresdner Stadtparlament an, das nun Klage gegen den Entscheid des Sächsischen Oberverwaltungsgerichtes vor dem

In jedem Fall dürften andere Städte, die bereits in das Welterbe aufgenommen worden sind, hellhörig geworden sein. Darunter auch die Donaustadt Regensburg, die erst letztes Jahr den Titel Welterbe verliehen bekam. Auch sie trug im Dezember 2006 einen Bürgerentscheid über den Bau der umstrittenen Kultur- und Kongresshalle aus, obwohl seit dem letzten Bürgerentscheid zu diesem Thema erst zwei Jahre vergangen waren. Allerdings brachte selbst die erneute Abstimmung keine Mehrheit - 53,1 Prozent der Stimmen waren gegen eine neue Stadthalle am Donaumarkt. Es war der dritte Bürgerentscheid seit 1999. Um das Projekt streiten sich die Regensburger schon seit mehr als zwei Jahrzehnten. An der Qualität der Architektorentwürfe mag es wohl nicht liegen. Immerhin wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben, wobei 87 Entwürfe eingingen. Beteiligt hatten sich auch renommierte Architekturbüros wie Kleihues und Bangert aus Berlin. Zwar waren viele Regensburger Bürger für den Bau, doch störte sie der Platz für die Halle: direkt an der Donau in der Nähe der Steinernen Brücke. Dieser Platz bleibt bis auf weiteres frei, denn die Pläne für eine Kultur- und Kongresshalle sind erst einmal vom Tisch - vielleicht wäre sie ohnehin der Deutschen Unesco-Kommission ein Dorn im Auge gewesen.

Ein vorzeitiges Einsehen hatte man auch in Eisenach wegen der Wartburg, die seit 1999 zum Welterbe zählt. Dort gefährdete ein geplanter Windpark den Blick, den Besucher von der Burganlage haben, und damit auch den Titel Welterbe. Ähnlich wie in Dresden hätte die Unesco die „Rote Karte“ zücken können, doch die hundert Meter hohen Windräder werden jedenfalls vorerst nicht gebaut. Zwar zog das Unternehmen aus Schleswig-Holstein, das

Oberverwaltungsgericht in Weimar vorgeschlagene Vergleich abgelehnt wurde. Das Kompromissangebot sah als Alternative ein Gelände zwischen den Gemeinden Marksuhl und Förtha vor. Auch bei den Thüringern stieß der Windpark auf heftigen Widerstand. Rund 14 000 Protestunterschriften haben Gegner gesammelt.

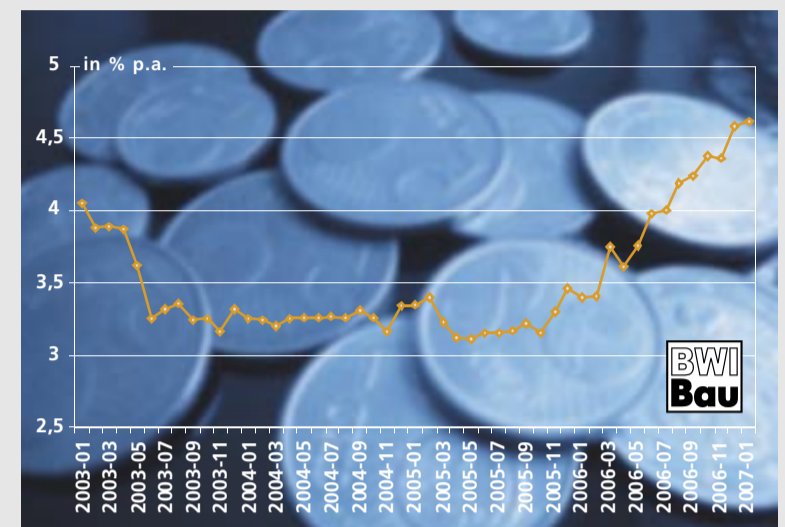
### Fazit

Ob Dresden, Köln oder Eisenach - bei all diesen Beispielen geht es um den unverstellten Blick oder eine schöne Aussicht auf eine historische Bausubstanz. Außerdem formierte sich bei diesen Bauprojekten, die das ursprüngliche Stadt- und Landschaftsbild verändern, ein erheblicher Widerstand der Bürger, die vehement ein demokratisches Mitspracherecht für ihre Stadt, in der sie leben und arbeiten, für sich reklamierten. Zukünftige Bauvorhaben, die das Welterbe tangieren, werden sich darauf stärker als bisher darauf einstellen müssen. Wer sich den Status Weltkulturerbe sichert, kann sich auf der einen Seite über viele Touristen freuen, muss aber dann in Kauf nehmen, dass er eine Region um seine bessere Verkehrsanbindung, Arbeitsplätze oder Wohnraum bringt. Grundsätzlich geht es auch um eine seit langem diskutierte Frage: Wie viel Moderne verträgt der Denkmalschutz? Zu viel Schutz kann zum Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung einer Region werden. Daher sind gerade Planer, Architekten und Bauunternehmen mit ihren Ideen und ihrem Fachwissen gefordert, eine sensible Lösung für den Umgang mit der historischen Bausubstanz zu entwickeln, bei der sich beide Teile - alt und neu - miteinander vereinbaren lassen, ohne, dass es zu Brüchen oder Störungen im Stadt- und Naturbild kommt.

## Grafiken des Monats

### Zinsen für Firmenkredite ziehen an

Effektivzinssätze der Banken beim Neugeschäft mit Firmenkunden



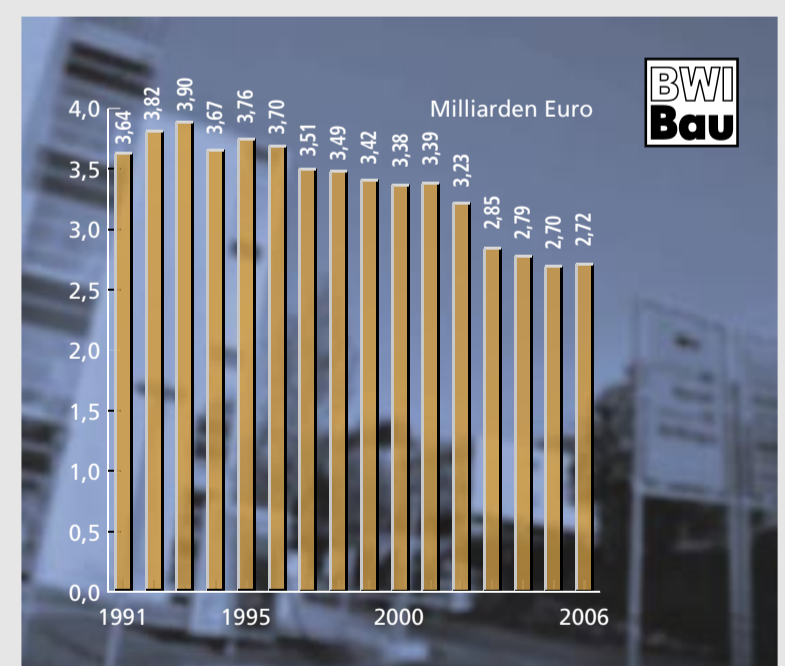
Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften über eine Millionen Euro, variabel oder Zinsbindung bis ein Jahr.

Die Zinsen für neue Unternehmenskredite sind seit Mitte 2005 wieder im Anstieg. So stiegen sie beispielsweise bei den Krediten mit variabler oder kurzfristiger Zinsbindung von durchschnittlich rund 3,1 Prozent im Sommer 2005 um 1,5 Prozentpunkte auf zuletzt 4,6 Prozent im Januar 2007. Gründe für den Anstieg sind einerseits in der starken Nachfrage der Unternehmen nach Krediten zu sehen. Die Unternehmen haben ambitionierte Expansionspläne, die sich aus Gewinnen allein nicht finanzieren lassen. Andererseits hat 2006 auch die Europäische Zentralbank ihre Leitzinsen stetig erhöht. Dies wurde von den Banken insbesondere im kurzfristigen Kreditneugeschäft mit dem privaten Sektor weitergegeben. 2007 könnten die Zinsen noch weiter steigen, da die Unternehmenskredite lebhaft expandieren. Als typischer Spätindikator läuft die Kreditentwicklung im Unternehmenssektor der Konjunktur um etwa zwei Quartale hinterher.

Datenquelle: Deutsche Bundesbank

### Krankenhäuser in Finanznot

Öffentliche Investitionsmittel für Kliniken in Milliarden Euro von 1991 bis 2006



Seit vielen Jahren leiden die Krankenhäuser unter einer finanziellen Auszehrung insbesondere bei der Investitionsförderung durch die Bundesländer. In den Jahren 1991 bis 2006 reduzierte sich bundesweit die Förderung nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (so genannte KHG-Mittel) von 3,6 Milliarden Euro auf 2,7 Milliarden Euro - das entspricht einem Rückgang von 25,2 Prozent. Dabei ist der Investitionsbedarf im Krankenhausbereich enorm. Die Bausubstanz vieler der rund 2 200 Akutkrankenhäuser in Deutschland ist überaltert und muss dringend modernisiert werden. Pro Jahr ist nach vorliegenden Berechnungen ein Investitionsvolumen von circa drei bis sechs Milliarden Euro erforderlich. Darin ist der in der Vergangenheit aufgelaufene Investitionsbedarf noch nicht enthalten, der aktuell auf circa 33 Milliarden Euro geschätzt wird. Bis Ende 2007 soll nun geprüft werden, ob die Länder aus der Investitionsförderung aussteigen und künftig die Krankenhäuser allein durch die Kassen finanziert werden.

Datenquelle: Arbeitsgemeinschaft der obersten Landesgesundheitsbehörden